

Bebauungsplan bis Jahresende realisierbar

Kieber ist optimistisch

GOTTENHEIM (ms). „Der heutige Abend wird nicht so heiß, wie manche denken. Es geht nur darum, mit dem Aufstellungsbeschluss den Willen aufzuzeigen, das Baugebiet „Steinacker/Berg“ zu erschließen“, erklärte Bürgermeister Volker Kieber insbesondere den zahlreich erschienenen Zuhörern im Gemeinderat.

10,7 Hektar soll der Geltungsbereich des neuen Bebauungsplanes am westlichen Ortsrand haben. Inklusive dem dort bereits bestehenden Obsthof. Der Aufstellungsbeschluss sei nun der erste Schritt, betonte Bürgermeister Kieber. Wenn alle Beteiligten mitzögen, dann könnten im Idealfall sowohl der Bebauungsplan als auch die Umlegung bis Jahresende abgeschlossen und rechtskräftig sein.

Ganz wichtig sei nun, dass ausnahmslos alle Grundstückseigentümer im Gebiet eine schriftliche Grundzustimmungserklärung abgeben. Nur dann könne man ins weitere Verfahren einsteigen, betonte Kieber. Die Kosten für das Verfahren inklusive Vorhaltungen für zukünftig notwendige Infrastrukturmaßnahmen hätten die Eigentümer voll

zu zahlen. Dennoch seien sie die eigentlichen Gewinner. Schließlich würden die Grundstücke einen erheblichen Wertzuwachs erfahren.

Das Baugebiet sei wichtig für Gottenheim betonte der Bürgermeister. Es gebe schon viele Anfragen von jungen Gottenheimer Familien, die derzeit außerhalb wohnen und gerne wieder in ihre Heimat ziehen wollten. Zudem könne es dazu beitragen, die im Dorf vorhandene gute Infrastruktur, wie Kindergarten und Schule, zu füllen und damit langfristig zu halten.

Die sechs nicht befangenen Gemeinderäte stimmten dem Aufstellungsbeschluss einmütig zu. Für den 11. Februar ist eine Eigentümersammlung geplant, zu der der Bürgermeister Fachleute von der Stadt Freiburg eingeladen hat. Sie sollen helfen, den Eigentümern die rechtlichen Hintergründe eines Umlegungsverfahrens und eines städtebaulichen Vertrages zu erläutern, damit anschließend alle Beteiligten mit den selben Wissenstand auf Augenhöhe verhandeln können. Die Gemeinde müsse aber immer Herr des Verfahrens bleiben, betonte Bürgermeister Kieber.